

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Übersicht der Stellungnahmen

1. Kreis Ostholstein, 18.10.2024.....	2
2. ADFC Ostholstein, 15.10.2024.....	7
3. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn, 19.09.2024	8
4. Bundeswehr, 01.10.2024	9
5. Dataport, 20.09.2024.....	9
6. Forstbehörde, 30.09.2024	10
7. Gemeinde Süsel, 30.09.2024.....	10
8. Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, 16.10.2024	10
9. NAH.SH GmbH, 18.10.2024.....	11
10. Obere Denkmalschutzbehörde, 24.09.2024.....	11
11. Polizeidirektion Lübeck, 19.09.2024.....	12
12. Deutsche Telekom Technik GmbH, 24.09.2024.....	13
13. TenneT TSO GmbH, 30.09.2024.....	13
14. Vodafone GmbH, 08.10.2024	13
15. Wasser- und Bodenverband Schwartau, 17.10.2024.....	13

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
1	<p>Kreis Ostholstein, 18.10.2024</p> <p>zu der Planung wurden nachstehende Fachdienste des Kreises beteiligt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauleitplanung • Naturschutz • Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutz • Abfall • Bauordnung einschließlich Brandschutz • Straßenverkehrsaufsicht <p>Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:</p> <p><u>Naturschutz</u></p> <p>Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde bereits eine Stellungnahme abgegeben. Diese hat weiterhin Bestand.</p> <p>Schutzgebiete sind innerhalb des Geltungsbereiches des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes nicht vorhanden, einige geschützte Biotopie sind jedoch anzutreffen. Dies betrifft vor allem Knicks, größere und kleinere Stillgewässer, verschiedene Gehölzstrukturen usw. Zudem sind einige Waldfläche anzutreffen.</p> <p>Generell sind bei der Planung alle gesetzlichen Vorgaben, insbesondere die geschützten Biotopie des § 30 BNatSchG und § 21 LNatSchG zu beachten. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotopie führen können, sind verboten.</p> <p>Außerdem ist grundsätzlich auch der Artenschutz fachmännisch abzuarbeiten. Das bedeutet, dass die Zugriffsverbote gem. § 44 BNatSchG bei der Planung zu vermeiden bzw. auszuschließen sind. Ebenso ist das Vermeidungsgebot gem. § 13 BNatSchG bei allen Vorhaben zu beachten.</p> <p>Die Nachnutzung von bereits vorhandenen Gebäuden wird grundsätzlich begrüßt.</p> <p>Da zu diesem Zeitpunkt noch keine ganz konkreten Planunterlagen zu den eingriffsrelevanten Vorhaben vorliegen, ist eine abschließende Stellungnahme aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht noch nicht möglich. Ich bitte um erneute Beteiligung bei der Konkretisierung der jeweiligen Maßnahmen.</p> <p>Da der Landschaftsplan bei den überwiegenden Flächen eine andere Nutzung bzw. Entwicklung vorsieht, wird empfohlen, diesen zu überarbeiten und fortzuschreiben. Nur so stimmt das Entwicklungskonzept mit den Zielen der Landschaftsplanung der Gemeinde überein.</p>	<p>Die Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung ist unten angefügt.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Rechtzeitige Beteiligung bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Das Erfordernis den Landschaftsplan zu überarbeiten und fortzuschreiben wird in den jeweiligen folgenden Verfahren der konkreten Bauleitplanung geprüft.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p><u>Bodenschutz</u></p> <p>Aus Sicht des Bodenschutzes gibt es keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben. In dem Plangebiet befinden sich einige Altablagerungen, von denen die Gemeinde bereits Kenntnis hat sowie vereinzelt Altstandorte. Diese sind bei der weiteren Planung und bei späteren Bautätigkeiten zu berücksichtigen. Ich bitte entsprechend um erneute Beteiligung.</p> <p><u>Gewässerschutz</u></p> <p>Zum vorgelegten städtebaulichen Entwicklungskonzept der Ortschaft Ahrensböök nehme ich wie folgt wasserrechtlich Stellung und bitte für die weiteren Planungen um Berücksichtigung folgender Hinweise:</p> <p>a) Niederschlagswasser</p> <p>Zusätzliche Flächenversiegelungen können zur Schädigung des natürlichen Wasserhaushalts (A-RW 1) führen. Somit sind im Maßnahmengebiet Festsetzungen zu treffen, um die Schädigung des Wasserhaushalts so gering wie möglich zu halten. Die Notwendigkeit und der Umfang einer ggf. erforderlichen Rückholung und Behandlung (Schadstoffrückhalt) des Niederschlagswassers vor der Einleitung in ein Gewässer ergeben sich aus der Menge und insbes. der stofflichen Belastung des Regenwassers, welche in Abhängigkeit von der Nutzung der Flächen steht (DWA-A 102).</p> <p>Das anfallende Niederschlagswasser von Dachflächen und sonstigen versiegelten und verdichteten Flächen ist schadlos zu beseitigen.</p> <p>Die Versickerung von Niederschlagswasser ist vorrangig zu betrachten, sofern es die Bodenverhältnisse zulassen.</p> <p>Ebenfalls sollte eine dezentrale Versickerung auf den Grundstücken, auf denen eine Sickerfähigkeit des anstehenden Bodens festgestellt wurde, favorisiert werden. Hierzu ist in den Baugrundgutachten, die ohnehin für jeden Neubau durchgeführt werden müssen, die Sickerfähigkeit grundstücksscharf nachzuweisen.</p> <p>Eine Regenwassernutzung im Haushalt, oder auch nur zur Gartenbewässerung, liefert einen großen Beitrag zur Schonung der Ressource Grundwasser, aus dem sich unser aller Trinkwasser speist. Im Hinblick auf den Klimawandel und die damit verbundenen Dürreperioden, kann es im Sommer zunehmend zu Wasserknappheit kommen. In solchen Situationen schafft jeder aufgefangene Kubikmeter Regenwasser eine Entlastung für die Trinkwasserversorgung.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Beachtung bei konkreten baulichen Vorhaben und den dafür erforderlichen Plan- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Ich verweise auf eine Behandlungsbedürftigkeit des abfließenden Niederschlagswassers gemäß dem Merkblatt DWA-M 153. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bewertung der Behandlungsbedürftigkeit nach der Arbeitsblatt-Reihe DWA-A 102 zu erfolgen hat.</p> <p>Für NW-Versickerungen ist das DWA-A 138 für die Bemessung der Versickerungsanlagen als Berechnungsgrundlage heranzuziehen.</p> <p>Um die wasserrechtlichen Belange gem. A-RW 1 (Erhalt des potenziell naturnahen Wasserhaushalts, Schutz der Gewässer) in der Bauleitplanung ausreichend zu berücksichtigen, wird empfohlen, Maßnahmen zu realisieren, die den Abfluss aus dem Maßnahmengebiet nicht nur über geplante Regenrückhaltebecken, sondern auch über weitere Verdunstungsmaßnahmen minimieren. Die Verdunstung kann z.B. durch Erhöhung des Grünflächenanteils, Pflanzungen von Büschen und Bäumen, Straßenbäumen, Baumrigolen, Tiefbeete, (bepflanzte) Mulden-Rigolen, Gründächer und Fassadenbegrünung erhöht werden.</p> <p>Bei Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer gelten die Vorschriften §§ 8-10, 13 Wasserhaushaltsgesetz -WHG- i.V. §§ 13, 44-45 Landeswassergesetz -LWG- in den z.Zt. gültigen Fassungen.</p> <p>Die Niederschlagswasserbehandlungsanlagen (ständig gefüllte Regenrückhaltebecken mit Klärwirkung -Trockenbecken sind unzulässig- und Leichtstoffrückhalteschächte mit Sandfang) unterliegen der Genehmigungspflicht nach § 52 LWG.</p> <p>Es wird empfohlen, notwendige Wasserrechtsverfahren bereits parallel zum B-Planverfahren anzuschieben.</p> <p>Die Erschließung von B-Plänen kann seitens der unteren Wasserbehörde des Kreises Ostholstein (hier: Fachgebiet 6.20.1 Gewässer) nur als gesichert gelten, wenn alle erforderlichen wasserrechtlichen Zulassungen für die geplante Niederschlagswasserbeseitigung in Aussicht gestellt werden können.</p> <p>a) Schmutzwasser</p> <p>Die Entsorgung bzw. Reinigung der anfallenden häuslichen Schmutzwässer im Planungsgebiet sind über das vorhandenen oder neu zu erstellende SW-Kanalnetz der Gem. Ahrensböök dem Klärwerk Ahrensböök (ZVO) zuzuführen.</p> <p>Die Erschließung kann nur als gesichert gelten, wenn weitere Anschlüsse zur Schmutzwasserbeseitigung an die Ahrensbööcker Kläranlage im Rahmen ihrer zulässigen Auslastung vorgenommen werden. Dies ist im weiteren Verlauf der Planaufstellung zu überprüfen, indem die freien Kapazitäten der Kläranlage überprüft und den geplanten zusätzlichen Anschlüssen gegenübergestellt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Bereits im B-Plan Verfahren hat vom ZVO eine Prüfung zu erfolgen, ob eine Änderung von vorliegenden Erlaubnissen erforderlich sein wird.</p> <p>Zusätzlich ist eine Immissionsbetrachtung vorzunehmen, in der untersucht werden muss, ob das Gewässer, in das eingeleitet wird, die zusätzlichen Mengen insbes. in Bezug auf die Qualität (P und NH4-N) des eingeleiteten Wassers noch verträgt (Verschlechterungsverbot). Bei Überschreitung der Auslastung ist darzulegen, auf welche Weise die gesicherte Erschließung hergestellt werden soll.</p> <p><u>Straßenverkehrsaufsicht</u></p> <p>Nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen kann in dem Bereich der Planungsphase noch keine konkrete straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme abgegeben werden.</p> <p>Folgende Hinweise bitte ich bei den Planungen jedoch zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Bei baulichen Veränderungen am Straßenkörper sollte bei vorhandenen Breiten eine Trennung des Fuß- und Radverkehrs in Betracht gezogen werden. Gemeinsame Geh- und Radwege oder Gehwege mit „Radverkehr frei“ bieten stets ein Konfliktpotential. ○ Die Kreuzung Noerre-Alslev-Ring/Spechserholz/Mösberg ist eine wiederkehrende Unfallhäufungsstelle. ○ Hol- und Bringverkehre im Bereich der Schulen sind zu berücksichtigen. <p>Die Straßenverkehrsbehörde bittet um weitere Beteiligung am Planungsfortschritt in straßenverkehrsrechtlichen Belangen.</p> <p>Allgemeines</p> <p>1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, Abteilung Landesplanung und ländliche Räume sowie an die Abteilung Bauen und Wohnen (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht) gelangt.</p> <p>2. Um Übersendung des Abwägungsergebnisses wird gebeten, wenn möglich per E-Mail an bau-leitplanung@kreis-oh.de.</p> <hr/> <p>Stellungnahme Kreis Ostholstein / Naturschutz vom 06.09.2023</p> <p><i>Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht sind die eingriffsrelevanten Vorhaben maßgeblich. Dies betrifft vor allem bauliche Maßnahmen mit den dazugehörigen Flächenversiegelungen sowie Beseitigungen von Biotopstrukturen. Aus diesem Grund bezieht sich diese Stellungnahme überwiegend auf die Entwicklungsvorhaben 1 - 14.</i></p>	<p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis für die weitere Konkretisierung der verkehrlichen Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und bei deren Planung geprüft.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis für die weitere Konkretisierung der verkehrlichen Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und bei deren Planung geprüft.</p> <p>Rechtzeitige Beteiligung im Rahmen der Bauleitplanung bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Gemäß der Planunterlagen ist es vorgesehen, verschiedene Bereiche baulich zu entwickeln. Die größte Freifläche des Geltungsbereiches, die „Hoppsche Koppel“, ist dabei eine der Vorhaben. Diese Fläche ist gem. rechtskräftigem Bebauungsplan überwiegend als Grünfläche mit unterschiedlichen Zweckbestimmungen festgesetzt, ein Teilbereich sogar als Waldfläche. Innerhalb dieser Fläche befinden sich Knicks, Gehölze und ein Stillgewässer. Die Biotopstruktur ist im Falle einer Überplanung zu beachten und der allgemeine Grundsatz zur Eingriffsvermeidung gem. § 13 BNatSchG anzuwenden.</p> <p>Des Weiteren sind die artenschutzrechtlichen Belange zu begutachten und ggf. entsprechende Festsetzungen zu treffen. Zu beachten sind bei einer Überplanung einer derart großen Freifläche die klimatischen Auswirkungen. Auf diese wurde in dem Erläuterungsbericht bereits kurz eingegangen und ausgeführt, dass bei einer Nutzung Kaltluftschneisen sowie Grünraumverbindungen beachtet werden müssen. Klimatische Festsetzungen und Berücksichtigungen bei der späteren Bauleitplanung sind daher dringend empfohlen, besser wäre jedoch die Freihaltung dieses Bereiches. Eine Ausweisung als Wohnbaufläche steht außerdem den Aussagen aus dem Landschaftsplan der Gemeinde Ahrensböök entgegen.</p> <p>Weiterhin wird als Schlüsselprojekt die Umnutzung und Neuordnung der alten Ziegelei genannt. Die Nachnutzung des großen, bereits baulich genutzten Bereiches wird begrüßt. Innerhalb dieses Bereiches befinden sich zahlreiche Grün- und Gehölzstrukturen, die bei der Planung zu berücksichtigen sind. Es sind außerdem ortsbildprägende Einzelbäume anzutreffen. Auch hier wird empfohlen, Festsetzungen, die das Klima begünstigen, aufzunehmen. Dazu gehören z. B. die Festsetzungen von Gründächern oder die verbindliche Vorgabe von Solar- oder Photovoltaiknutzung auf den Dachflächen. Auch hier sind die artenschutzrechtlichen Belange zu begutachten. Gerade bei der Um- bzw. Nachnutzung brachgefallener Gebäude sind Fledermäuse sowie gebäudebrütende Vogelarten unbedingt zu untersuchen.</p> <p>Der Bereich der Fläche 11 „Bahnhofstraße“ ist bereits verbindlich überplant. Die Vorgaben des Bebauungsplanes sind zu beachten. Des Weiteren sind die artenschutzrechtlichen Belange zu beachten, da es sich im Nordwesten des Plangebietes um eine gehölzbestandene Fläche handelt. Es wäre anzuraten, die Gehölze in die Planung zu integrieren und zu erhalten.</p> <p>Auf den Flächen 3, 4 und 6 - 10 sind ebenfalls die Vorgaben der Bebauungspläne, sofern sie bereits rechtskräftig sind, zu beachten. Zudem ist die Biotopstruktur, insbesondere das Vorhandensein gesetzlicher geschützter Biotope, aufzunehmen und in die Planung einzubinden. Es gilt der Grundsatz des § 13 BNatSchG der Eingriffsvermeidung. Ebenso sind auch hier die Zugriffsverbote gem. § 44 BNatSchG auszuschließen. Ein verträgliches Miteinander von Natur, Umwelt und baulicher Entwicklung wird angestrebt. Bei diesen Flächen sieht der Landschaftsplan der Gemeinde Ahrensböök allerdings überwiegend andere Entwicklungen vor. Die Flächen 3 und 4 sollten zum Beispiel von der Bebauung freigehalten werden, ortsnahe Freiflächen und Blickachsen sichern.</p>	<p>Die Hinweise werden in den Erläuterungsbericht in Kapitel 3.3 „Grün- und Freiflächen“ übernommen.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Die Fläche 5 „Lönskoppel“ wird derzeit mit dem Bebauungsplan Nr. 67 überplant. Auf dieser Fläche sind bereits Ausgleichsmaßnahmen anderer Bebauungspläne zugeordnet. Es läuft derzeit eine Abstimmung mit der uNB, die Ausgleichsmaßnahmen auf einer anderen Fläche unterzubringen. Eine finale Zuordnung ist bisher jedoch noch nicht erfolgt. Des Weiteren befindet sich in diesem Bereich ein Stillgewässer, das gem. § 30 BNatSchG geschützt ist. Der Artenschutz sowie dessen Ausgleichs- bzw. CEF-Maßnahmen ist ebenfalls noch fachgerecht abzuarbeiten. Der Landschaftsplan der Gemeinde Ahrensböök sieht bei dieser Fläche außerdem eine Schaffung eines Erholungswaldes vor, keine Siedlungsentwicklung.</p> <p>Die Fläche 2 „Iskühle“ ist eingerahmt von Knicks, die gem. § 30 BNatSchG i. V. m. § 21 LNatSchG zu den geschützten Biotopen gehören. Weiterhin befindet sich im Nordosten ein Stillgewässer. Stillgewässer sind i. d. R. ebenfalls gem. § 30 BNatSchG i. V. m. § 21 LNatSchG gesetzlich geschützt. Die Biotopstruktur ist zu beachten, ebenfalls die artenschutzrechtlichen Auswirkungen einer möglichen Überplanung der Fläche. Der Landschaftsplan der Gemeinde Ahrensböök sieht hier bereits teilweise eine Siedlungsentwicklung vor, er weist jedoch auch auf den Erosionsschutz auf Hängen hin.</p> <p>Die Fläche 1 „Tegelkamp“ ist rechtskräftig mit dem Bebauungsplan Nr. 68 überplant. Die Festsetzungen sowie die Ausgleichsmaßnahmen sind zu beachten. Der Landschaftsplan sieht auch bei dieser Fläche ursprünglich eine andere Nutzung vor.</p> <p>Fläche Nr. 14 „Spechserholz“ wird derzeit mit dem Bebauungsplan Nr. 81 überplant. Es ist die Errichtung eines Solarparks geplant. Die Stellungnahme der uNB aus der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB ist zu berücksichtigen. Um die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG auszuschließen, wird hier eine Kartierung des Gebietes notwendig, auf dessen Grundlage ggf. Ausgleichs-, Ersatz- oder CEF-Maßnahmen festgelegt werden. Weiterhin befindet sich in dem Geltungsbereich eine Ausgleichsfläche, die in der Planung zu berücksichtigen und zu kennzeichnen ist. Die geplanten Kompensationsmaßnahmen sind hier ebenfalls zu kennzeichnen.</p> <p>Da der Landschaftsplan bei den überwiegenden Flächen eine andere Nutzung bzw. Entwicklung vorsieht, wird empfohlen, diesen zu überarbeiten und fortzuschreiben. Nur so stimmt das Entwicklungskonzept mit den Zielen der Landschaftsplanung der Gemeinde überein.</p>	<p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Bauleitplanung.</p> <p>Das Erfordernis den Landschaftsplan zu überarbeiten und fortzuschreiben wird in den jeweiligen folgenden Verfahren der konkreten Bauleitplanung geprüft.</p>
2	<p>ADFC Ostholstein, 15.10.2024</p> <p>Der beteiligte Allgemeine Deutsche Fahrrad Club - Ostholstein (adfc - OH) gibt folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Eine konsequente Radverkehrsförderung ist durch die bestehenden städtebaulichen Gegebenheiten nur sehr eingeschränkt möglich. Die Radfahrer*innen nutzen die innerörtliche Landesstraße L 184 im fließenden Kfz- und LKW-Verkehr. Die Lübecker Straße / Plöner Straße (L 184) sind die direkten Verbindungen nach Eutin (L 184) und Scharbeutz (B 432). Perspektivisch sollte die Ortsdurchfahrt durch eine Ortsumgehend entlastet und verkehrsberuhigt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Der Durchgansverkehr könnte über den Noerre-Alslev-Ring (K62) geführt werden – auch wenn anfangs in der Trift Straße eine Begrenzung auf 30 km/h besteht (Altenheim). Im Noerre-Alslev-Ring besteht linksseitig ein baulich getrennter Fuß- / Radweg („Knick“) bis zur Einmündung an die B 432. Um den gegenüberliegenden Fuß- / Radweg zu erreichen bedarf es einer „Querungshilfe“ in Form einer Bedarfs-Lichtsignalanlage.</p> <p>Radfahrer*innen – insbesondere Schüler*innen – können über die Waldstraße / Postredder zum Sportplatz / Sporthalle, Schule und ZOB gelenkt werden. Die Straße ist mit 30km/h als Schulweg verkehrsberuhigt. Die Durchfahrt für den LKW-Verkehr sollte auf 3,5 t begrenzt werden – Linienverkehr (ÖPNV) frei.</p> <p>Bei der Einmündung Waldstraße und Triftstraße in die Lübecker Straße (L 184) sollte als „Querungshilfe“ eine Lichtsignalanlage als Bedarfsampel errichtet werden zum gefahrlosen Abbiegen für Radfahrer*innen in die Waldstraße (Schulweg).</p> <p>Die Errichtung einer Mobilitätsstation am ZOB für Radfahrer*innen begrüßt der adfc.</p> <p>Zu klären bleibt die Optimierung von „Querungshilfen“ in Form von Fußgängerüberwegen und Bedarfs-Lichtsignalanlagen in der Lübecker Straße / Plöner Straße.</p> <p>Der adfc hofft auf eine Berücksichtigung der Belange aller Radfahrenden. Eine Förderung des Radverkehrs ist in Zeiten des Klimawandels unverzichtbar.</p> <p>Die Ausführungen zu 4.4 Leitbild und Ziele: „Mobilität und Verkehr“ (Seite 74 – 75) begrüßt der adfc als zielführend.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Details der Fuß- und Radwegeführung sind im Zuge der konkreten Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen zu klären.</p> <p>Kenntnisnahme. Siehe Maßnahme „O 10 – Aufwertung Postredder“ im IEK.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Details der Fuß- und Radwegeführung sind im Zuge der konkreten Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen zu klären.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Details der Fuß- und Radwegeführung sind im Zuge der Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen zu klären.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
3	<p>Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn, 19.09.2024</p> <p>Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter bzw. um eine Planung einer Solar- / Photovoltaik-Freifläche. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich. 2. Entweder ist die Bauhöhe unbekannt oder es handelt sich um eine Maßnahme mit einer unveränderten Bauhöhe. Zum Beispiel: Flurbereinigung, Landschafts- / Naturschutz, unterirdische Leitung oder Aufhebungsverfahren. 3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt. <p>Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass die Bundesnetzagentur im Bereich Funkbetroffenheit keine Stellungnahme im Sinne des § 4 BauGB oder § 74 VwVfG oder § 9 BImSchG abgibt. Der Aufgabenbereich der Bundesnetzagentur im Bereich der Frequenzverwaltung ergibt sich aus</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>den Vorschriften des Teils 6 des Telekommunikationsgesetzes („Frequenzordnung“). Die danach gemäß § 88 TKG bestehende Aufgabe der Bundesnetzagentur zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung bezieht sich auf die physikalischen Auswirkungen von verschiedenen Frequenznutzungen untereinander, jedoch nicht auf Beeinträchtigungen von Frequenznutzungen durch Bauwerke. Letztere sind keine Funkstörungen im Sinne des Telekommunikationsgesetzes. Sofern also die Bundesnetzagentur Informationen über Frequenzzuteilungsnehmer im zu beplanenden Bereich übermittelt, geschieht dies nicht in Ausfüllung ihres eigenen Aufgabenbereichs, sondern im Rahmen von Amtshilfe nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG. Nach § 5 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG.</p> <p>Wir leiten Ihre Anfrage aber in jedem Fall an die zuständigen Stellen bei uns im Hause weiter. Bitte richten Sie Anfragen zu oben genannten Planungen ab sofort an die Fachstellen:</p> <p><i>Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze; Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn; E-Mail-Adresse: verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de;</i></p> <p><i>Prüf- und Messdienst; Bundesnetzagentur, Referat 511, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz; E-Mail-Adresse: PMD-BauLp@BNetzA.de.</i></p> <p>Bei Betroffenheit erhalten Sie von den Fachreferaten eine gesonderte Stellungnahme.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
4	<p>Bundeswehr, 01.10.2024</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p>	Kenntnisnahme.
5	<p>Dataport, 20.09.2024</p> <p>Dataport betreibt als Anstalt öffentlichen Rechts das digitale Funknetz Schleswig-Holstein, zu dem neben Leitungstrassen im Erdreich seit kurzem auch Richtfunkverbindungen gehören. Diese Aufgabe wurde uns vom Landespolizeiamt übertragen.</p> <p>Aufgrund der von Ihnen übermittelten Planunterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass eine unserer Richtfunkverbindungen durch das Untersuchungsgebiet verläuft.</p> <p>Die Richtfunktrasse verläuft zwischen den Punkten:</p> <p>601909,69 / 5985651,64 (ETRS89), Antennenhöhe 47,00 m</p> <p>611648,63 / 5981663,71 (ETRS89), Antennenhöhe 40,50 m</p> <p>Zu beiden Seiten der Richtfunkverbindung muss ein Schutzabstand von 30 m zu Bauwerken/baulichen Anlagen/Windkraftanlagen freigehalten werden. Nur bei Freihaltung des Korridors der Richtfunkverbindung bestehen von unserer Seite keine Einwände gegen die Errichtung von Bauwerken/baulichen Anlagen/Windkraftanlagen in diesem Bereich.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Berücksichtigung der Richtfunktrassen im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
6	Forstbehörde, 30.09.2024 Nach Einsichtnahme in die Unterlagen wird mitgeteilt, dass die Belange der Forstbehörde nicht betroffen sind. Die vorhandenen Waldflächen im Geltungsbereich der Planungen sind entsprechend dargestellt.	Kenntnisnahme. Kenntnisnahme.
7	Gemeinde Süsel, 30.09.2024 Die Gemeinde Süsel hat keine Bedenken gegen die Planung, begrüßt die konzeptionelle Denkweise mit dem vorgenannten Projekt und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen.	Kenntnisnahme.
8	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, 16.10.2024 Das betreffende Untersuchungsgebiet umfasst den innenstädtischen Bereich der Gemeinde Ahrensböök. An klassifizierten Straßen wird das Plangebiet von der Bundesstraße 432 und der Landesstraße 184 berührt. Gegen die vorbereitenden Untersuchungen und integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept für die Gemeinde Ahrensböök bestehen in verkehrlicher und straßenbaulicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgender Punkt berücksichtigt wird: 1. Gemäß § 9 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. Seite 1206) dürfen Hochbauten jeder Art sowie Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs in einer Entfernung bis zu 20,00 m von der Bundesstraße 432, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet bzw. vorgenommen werden. 2. Gemäß § 29 (1 und 2) Straßen- und Wegegesetz (StrWG) des Landes Schleswig-Holstein vom 22.06.1962 (GVOBl. Seite 237) i.d.F. vom 25.11.2003 (GVOBl. Seite 631) dürfen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt Hochbauten jeder Art sowie Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs in einer Entfernung bis zu 20,00 m von der Landesstraße 184, gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet bzw. vorgenommen werden. 3. Das Flurstück 18/6, Flur 6, Gemarkung Ahrensböök ist keine ökologische Kompensationsfläche. Die Fläche wurde in den 70iger Jahren zum Zwecke des Ausbaus der Kreuzung B 432 / L 184 (Nordsternkreuzung) erworben.	Kenntnisnahme. Die Hinweise zu den Anbauverbotszonen an der Bundes- und Landesstraße werden im Erläuterungsbericht und die Ortsdurchfahrtsgrenzen im Analyseplan „Verkehr und Erschließung“ ergänzt. Der Hinweis wird im Erläuterungsbericht bei der Maßnahme „O 14 – Umgestaltung Grünfläche an der Weberstraße und Aufwertung des nördlichen Ortseingangs“ ergänzt. Zur Klarstellung: Eine ökologische Kompensation ist dort nicht vorgesehen.

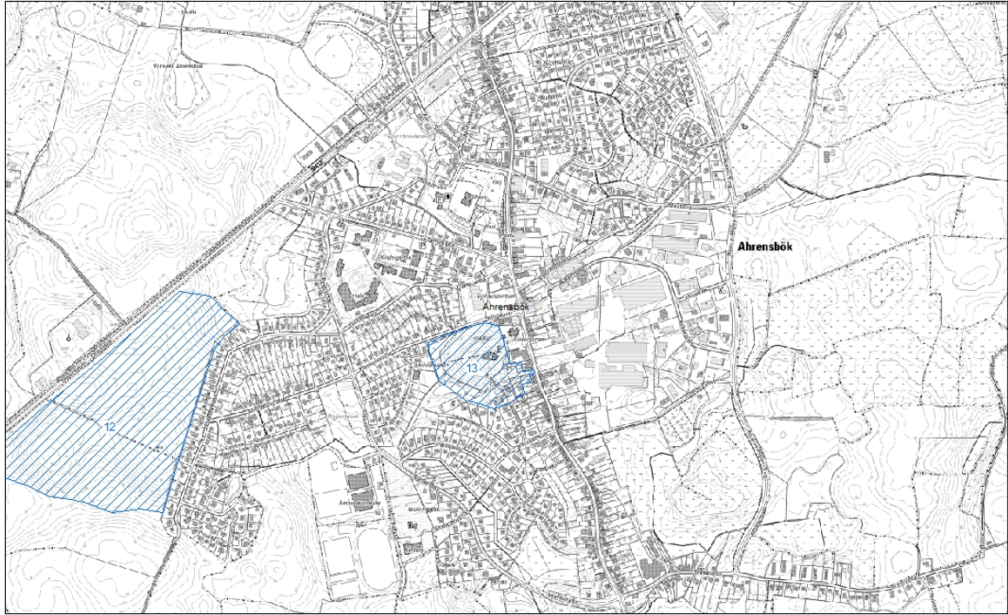
Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>4. Soweit im Rahmen der vorgelegten Unterlagen Maßnahmen im Zuge der Bundesstraße 432 und/oder der Landesstraße 184 vorgesehen sind, kann dieses nur als Wunsch aus dem kommunalen Raum verstanden werden. Eine Zustimmung zu der o.a. Planvorlage beinhaltet nicht eine weitgehende Zustimmung zu solchen vorgeschlagenen Maßnahmen.</p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich im straßenbaulichen und straßenrechtlichen Bereich nur auf Straßen des überörtlichen Verkehrs.</p>	<p>Kenntnisnahme. Alle Maßnahmen, die im Rahmen des Sanierungsverfahrens umgesetzt werden sollen und den LBV betreffen, werden mit diesem im Vorfeld abgestimmt bzw. in Kooperation sinnvolle Maßnahmen entwickelt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
9	<p>NAH.SH GmbH, 18.10.2024</p> <p>Zu den Projekten, welche den ÖPNV betreffen, haben wir keine grundlegenden Änderungswünsche.</p> <ul style="list-style-type: none"> Teilprojekt O7: Eine Modernisierung und Umgestaltung der ZOB-Anlage würden wir sehr begrüßen. Teilprojekte O1, O5 und O6: Eine Sanierung und Umgestaltung der L184, bzw. deren Randbereiche, steht von unserer Seite nichts dagegen. <p>Zusätzliche Bushaltestellen, wie in Abbildung 68 skizziert, würden die Erschließung deutlich verbessern. (Grundsätzlich darauf zu achten, dass der Abstand zwischen zwei Bushaltestellen nicht kleiner als 300 m wird. Ein Mittel von 400 m gilt innerorts als guter Kompromiss zwischen der Erschließung und einer nicht zu langen Reisezeit.)</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Der Hinweis wird im Erläuterungsbericht in Kapitel 5.2 „Handlungsschwerpunkt 2: Verbesserung der Mobilität, Stärkung und Vernetzung von Straßen, Plätzen, Wegen und Freiräumen“ ergänzt.</p>
10	<p>Obere Denkmalschutzbehörde, 24.09.2024</p> <p>Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 Abs. 2 DSchG SH 2015 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.</p> <p>Der überplante Bereich befindet sich jedoch teilweise in einem archäologischen Interessengebiet. Dieses archäologische Interessengebiet dient zur Orientierung, dass mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmälern zu rechnen ist.</p> <p>Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf § 15 DSchG SH: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Der Hinweis und die entsprechende Abbildung werden im Erläuterungsbericht ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme. Berücksichtigung im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.</p>  <p>Auszug aus der archäologischen Landesaufnahme Gemeinde Ahrensböök</p> <p>archäologisches Interessensgebiet</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
11	<p>Polizeidirektion Lübeck, 19.09.2024</p> <p>In der befindlichen Planungsphase sind verkehrspolizeiliche Belange zunächst nicht betroffen. Ich möchte dennoch auf folgende Umstände aus Gründen der Verkehrssicherheit hinweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trennung der Verkehre, insbesondere Geh- und Radverkehr (keine Zweirichtungsradwege, keine gemeinsamen Geh- und Radwege oder Gehwege mit "Radfahrer frei") • Kreuzung Noerre-Alslev-Ring/Spechserholz/Mösberg ist eine wiederkehrende Unfallhäufungsstelle • Berücksichtigung der Fußgängersicherheit in der Triftstraße, gerade im Hinblick auf das dort gelegene Seniorenheim 	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis für die weitere Konkretisierung der verkehrlichen Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und bei deren Planung geprüft.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis für die weitere Konkretisierung der verkehrlichen Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und bei deren Planung geprüft.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<ul style="list-style-type: none"> Berücksichtigung der Hol- und Bringverkehre zur Schule <p>Wir bitten um entsprechende Benachrichtigung bei Planungsfortschritt/-konkretisierung, vielen Dank.</p>	<p>Der Hinweis für die weitere Konkretisierung der verkehrlichen Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und bei deren Planung geprüft.</p> <p>Kenntnisnahme. Rechtzeitige Beteiligung bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>
12	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH, 24.09.2024</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken, wir bitten aber folgenden Hinweis zu beachten: Sämtliche Änderungen an Anlagen der Telekom Deutschland GmbH, die aufgrund von Baumaßnahmen in einem förmlich festgelegten Entwicklungs-/Sanierungsgebiet durch damit zusammenhängende Arbeiten erforderlich werden, werden kostenpflichtig und somit dem Veranlasser in Rechnung gestellt.</p> <p>Falls aufgrund von Sanierungsarbeiten Änderungen an Anlagen der Telekom erforderlich werden sollten, bitten wir um zeitgerechte Information, damit unsere Arbeiten ebenfalls zeitgerecht durchgeführt werden können.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Rechtzeitige Beteiligung bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>
13	<p>TenneT TSO GmbH, 30.09.2024</p> <p>In der angegebenen Örtlichkeit befinden sich keine Versorgungsanlagen unserer Gesellschaft. Ab sofort bitten wir Sie, Ihre Anfrage über das BIL-Portal an uns zu richten.</p> <p>Hier der Link zum BIL Portal: https://bil-leitungsauskunft.de/</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
14	<p>Vodafone GmbH, 08.10.2024</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.</p> <p>In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Rechtzeitige Beteiligung bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>
15	<p>Wasser- und Bodenverband Schwartau, 17.10.2024</p> <p>Zu dem o.g. Vorhaben nimmt der Wasser- und Bodenverband (WBV) Schwartau wie folgt Stellung:</p>	


Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Allgemeines:</p> <p>Der Wasser- und Bodenverband Schwartau ist von den vorbereitenden Untersuchungen und dem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept teilweise betroffen.</p> <p>Der Verband nimmt die Gewässerunterhaltung im Maßnahmengebiet, insbesondere der Flörkendorfer Mühlenau (Gewässer Nr. 1.23) sowie ihrer Zuläufe als öffentlich-rechtliche Aufgabe wahr. Eine Karte, aus der sich unser Verbandsgebiet und das des benachbarten WBV Trave ergeben und der Verlauf der Flörkendorfer Mühlenau ersichtlich ist, fügen wir bei.</p> <p>Die Flörkendorfer Mühlenau nimmt nicht nur das ihr offen zufließende Niederschlagswasser im Obergebiet auf, sondern an festgelegten (wasserbehördlich genehmigten) Einleitstellen innerhalb der Ortslage Ahrensböök auch zusätzliches Regenwasser von versiegelten Flächen. Da die Versiegelungen in letzter Zeit stark zugenommen haben und der Wasserrückhalt im besiedelten Bereichen bei besonderen Regenmengen an seine Grenze stößt, kann das Gewässer nicht alle Regenmengen schadlos abführen. Es ist seit längerem hydraulisch überlastet.</p> <p>Hieraus ergibt sich jedoch keine rechtliche Verpflichtung für den WBV, die Flörkendorfer Mühlenau technisch auszubauen, damit sie auch größere Mengen aufnehmen und abführen kann. Dies wäre auch schon aufgrund des eingengten Gewässer-Verlaufs durch die bebaute Ortslage, der Topografie sowie der weiteren Zuläufe in naturnaher Weise nicht wirksam zu bewerkstelligen, sondern würde Engpässe nur verlagern.</p> <p>Zudem sind nach dem wasserwirtschaftlichen Verursacher- und Vorsorgeprinzip vor zusätzlichen Einleitungen in Gewässer zunächst Möglichkeiten der Versickerung, Verdunstung und des Wasserrückhalts vorrangig zu verfolgen. Der Vermeidung/Begrenzung zusätzlicher Versiegelung derzeit unbefestigter Flächen bzw. Entsiegelung von befestigten Flächen kommt eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird die unter 4.3.2 vorgesehene Schaffung von Versickerungsflächen (sofern die Bodenverhältnisse dies ermöglichen) von uns begrüßt. Darüber hinaus sind zusätzliche Anstrengungen zur Verdunstung sowie zum stärkeren Wasserrückhalt am Ort des Entstehens zu unternehmen, um die Folgen von Starkregenereignissen für die Ortslage abzumildern.</p> <p>Gewässerunterhaltung:</p> <p>Es ist erforderlich, dass zur Durchführung der maschinellen Gewässerunterhaltung die jederzeitige Erreichbarkeit der offenen und verrohrten Abschnitte des Verbandsgewässers gegeben ist. Ein Verfügungstreifen von 5 m zu beiden Gewässerseiten ab der Böschungsoberkante bei offenen Gewässern (6 m beidseitig bei verrohrten Gewässern) ist von baulichen Anlagen freizuhalten. Gehölze am Gewässer dürfen die Gewässerunterhaltung nicht beeinträchtigen. Ihre</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Hinweise werden im Erläuterungsbericht in Kapitel 3.3 „Grün- und Freiräume“ ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Hinweise werden im Erläuterungsbericht in Kapitel 3.3 „Grün- und Freiräume“ ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Prüfung der Hinweise im Rahmen der weiteren Planungsschritte bzw. bei konkreten baulichen Vorhaben.</p>

Gemeinde Ahrensböök – Vorbereitende Untersuchungen und integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (VU + IEK)

Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 139 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden

Nr.	Stellungnahmen	Abwägungsvorschlag
	<p>Pflanzung bedarf nach unserer Satzung der vorherigen Zustimmung des Verbandes. Die Verbandssatzung sieht weitere Regelungen zur Bewirtschaftung von Flächen, die an Verbandsgewässer grenzen, vor.</p>  <p>DANord-Ausdruck</p> <p>CRS: ETRS 1989 UTM Zone 32N Autor: DANord Datum: 17.10.2024</p> <p>DANord</p> <p>0 112,5 225 450 Meter Maßstab: 1:10.000</p>	